



Langer Atem

Trotz widriger Bedingungen dauert der Kampf der kurdischen Arbeiterpartei PKK gegen die Unterdrückung ihrer Sprache und Kultur, gegen Diktatur und Ausbeutung seit vier Jahrzehnten an. Eine Reportage. Von Peter Schaber

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 30. MÄRZ 2017 · NR. 76 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Stadt wehrt sich

Mehrere zehntausend Demonstranten zu Protesten gegen AfD-Bundesparteitag in Köln erwartet

3

Mieter demonstrieren

Bündnis in Berlin fordert Rekommunalisierung privatisierter Wohnungen. Von Simon Zeise

5

Glotze bleibt aus

Neue Frequenzen, Empfänger und Regeln: Das Fernsehen über Antenne wird umgestellt

15



Brüssel will an die Kronjuwelen

Britische Regierung beantragt EU-Austritt. Juncker fordert Milliarden. Schottland für neues Referendum über Unabhängigkeit. Von Christian Bunke, Manchester

Der Countdown zum »Brexit« läuft. Am Dienstagabend unterzeichnete die britische Premierministerin Theresa May den Antrag ihres Landes zum Austritt aus der EU. Am Mittwoch wurde das Dokument dann EU-Ratspräsident Donald Tusk in Brüssel übermittelt. Damit beginnt ein zweijähriger Verhandlungsmarathon. Bei einer Parlamentsdebatte am Mittwoch richtete sich May an die britische Bevölkerung. »Wenn ich in den kommenden Monaten am Verhandlungstisch sitze, möchte ich jede Person im ganzen Vereinigten Königreich vertreten – Junge und Alte, Reiche und Arme, Großstädte, Kleinstädte, den ländlichen Raum und alle Dörfer. Und auch die EU-Bürger, die dieses Land zu ihrer Heimat gemacht haben.«

Vorerst dürfte sich May jedoch mit Forderungen aus Brüssel auseinandersetzen müssen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bereits

angekündigt, die Rechnung für den Austritt werde »sehr gesalzen« ausfallen. Die Rede ist von bis zu 60 Milliarden Euro. »Das ist keine Strafe«, zitierte die Nachrichtenagentur AFP einen EU-Vertreter. »Es geht nur darum, dass Großbritannien das bezahlt, was es zugesagt hat.« Es gehe um den Anteil Londons an den bereits bis 2020 verplanten Ausgaben der EU.

Das schottische Regionalparlament beschloss am Dienstag, ein neues Unabhängigkeitsreferendum in die Wege zu leiten. Dieses soll nach dem Willen von Regierungschefin Nicola Sturgeon zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2019 und damit vor dem »Brexit« durchgeführt werden. Mit einer Mehrheit von 69 zu 59 Stimmen erteilten die Abgeordneten in Edinburgh Sturgeon nun das Mandat für Verhandlungen mit London. Außer ihrer Schottischen Nationalpartei (SNP) votierten auch die schottischen Grünen dafür.

Für ein neues Referendum braucht Schottland die Erlaubnis der britischen Regierung. Doch Theresa May stellt sich stur: »Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt.« Offen ist allerdings, ob es aus ihrer Sicht jemals einen richtigen Zeitpunkt für eine Unabhängigkeit Schottlands geben könnte. Sturgeon hat May inzwischen eine Frist bis zum Ende der Osterferien gesetzt. Sollte sich an der Verweigerungshaltung dann nichts geändert haben, will Sturgeon ihre nächsten Schritte bekanntgeben.

Der liberale *Guardian* veröffentlichte am Mittwoch den Entwurf einer Resolution des Europaparlamentes, der offenbar als Grundlage für eine kommende Parlamentsdebatte zum Thema »Brexit« gedacht ist. Darin wird ein harter Kurs gegenüber Großbritannien gefordert. Unter anderem wird in dem Papier der Abschluss eines Freihandelsvertrages mit London während der Austrittsverhandlungen abgelehnt. Ein

Übergangsabkommen zwischen EU und der Inselmonarchie soll es höchstens für drei Jahre nach Abschluss der Verhandlungen geben, Sonderregelungen für das Finanzzentrum City of London werden abgelehnt. Separate Verhandlungen mit einzelnen Staaten über Freihandelsabkommen sollen Großbritannien zudem für die Dauer des Austrittsprozesses verboten werden.

Das bislang nie getestete Regelwerk für einen EU-Austritt hält für alle Beteiligten eine Reihe von Fallstricken bereit. So müssen mindestens 77 Prozent der verbliebenen Mitgliedsstaaten dem ausgehandelten Verhandlungsergebnis zustimmen. Auch die Zustimmung des EU-Parlamentes ist nötig. »Rosinen werden wir uns da wohl keine herauspicken können«, kommentierte der britische Finanzminister Philip Hammond am Mittwoch vormittag die Situation für *BBC Radio 4*.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Spanien: Ein Jahr Haft für ein paar Tweets



Madrid. Wegen einiger Witze, die sie über den Internetdienst Twitter verbreitete, muss eine junge Frau aus Murcia für ein Jahr ins Gefängnis. Die Audiencia Nacional, das spanische Sondergericht für Terrorismusdelikte, verurteilte die 21-jährige am Mittwoch zu einer entsprechenden Haftstrafe wegen »Beleidigung der Opfer des Terrorismus«. Cassandra Vera Paz hatte in einigen Kurzmitteilungen ironische Bemerkungen über die Ermordung von Luis Carrero Blanco gemacht. Der Ministerpräsident der Franco-Diktatur war 1973 durch ein Kommando der ETA mit seinem Auto in die Luft gejagt worden. Selbst die Enkelin Carrero Blancos hatte sich in einem Schreiben an das Gericht gegen die Verurteilung ausgesprochen. Sie fühle sich nicht beleidigt, teilte sie mit. (jW)

SPD und CDU für sachgrundlose Befristung

Berlin. Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung wird nicht aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen. Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales lehnte am Mittwoch zwei Anträge der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab. Grüne und Linke hatten gefordert, die sachgrundlose Befristung aus dem Gesetz zu streichen, und kritisierte, dass die Zahl ohne Grund befristeter Arbeitsverträge seit Jahren steige. Dies höhle den Kündigungsschutz aus und biete gerade jungen Menschen keine planbare Zukunft, so die Fraktionen. Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz hatte zuletzt erklärt, die sachgrundlose Befristung abschaffen zu wollen. Die SPD-Bundestagsfraktion erklärte, klar für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung zu sein, aus Rücksicht auf den Koalitionsvertrag aber nicht für die Oppositionsanträge gestimmt zu haben. (jW)

Verschärftes Du-du unter Partnern

CDU-Innenexperte will weitere Kooperation mit türkischem Geheimdienst

Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach sieht die Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Geheimdiensten durch die Spionagetätigkeit der Türkei empfindlich gestört. Bosbach sagte am Mittwoch im *Deutschlandfunk*, es sei dennoch wichtig, die gemeinsamen Bemühungen beizubehalten – beispielsweise in der Terrorabwehr. Dass türkische Behörden die Hauptgefahr nicht im islamistischen Terror sehen, sondern in der linken Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ist ein offenes Geheimnis. Bosbach be-

tonte am Mittwoch, die Türkei brauche eine klare Ansage und müsse wissen, dass Deutschland unter keinen Umständen akzeptieren könne, wenn Bundesbürger bespitzelt würden.

Die Bundesanwaltschaft hatte am Dienstag mitgeteilt, dass sie wegen des Verdachts der Spionage in Deutschland gegen den türkischen Geheimdienst MIT ermittelt. Der Milli İstihbarat Teskilati (Nationaler Nachrichtendienst) soll hierzulande in großem Stil angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung ausspioniert haben. Letztere werden für den Putschversuch in der Türkei im

Sommer 2016 verantwortlich gemacht. Grünen-Chef Cem Özdemir warf der Bundesregierung vor, sie schaffe es anscheinend nicht, »Deutschtürken hier in Deutschland vor dem langen Arm Erdogans zu schützen, weder in der Schule noch am Arbeitsplatz«. Zudem sagte Özdemir der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Donnerstag), die große Koalition aus Union und SPD habe zu lange mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan »gekuscht, statt klare und entschiedene Maßnahmen gegen das Spitzelnetzwerk des türkischen Staates zu finden«.

Wegen angeblich »guter Beziehungen« zur Bewegung Predigers Fethullah Gülen soll der MIT unter anderem auch SPD-Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering bespitzelt haben. Das berichtete am Mittwoch das Recherchenetzwerk von *Süddeutscher Zeitung*, *NDR* und *WDR* unter Berufung auf eigene Informationen. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) teilte am Mittwoch mit: »Unser Recht gilt auch für den türkischen Geheimdienst.« Spionage sei strafbar, »dem werden wir nicht tatenlos zusehen«.

(dpa/jW)

jW wird herausgegeben von
2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg

